

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Matthias Vogler

Abg. Thorsten Freudenberger

Abg. Andreas Jurca

Abg. Andreas Hanna-Krahl

Abg. Thomas Zöllner

Abg. Anna Rasehorn

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

**Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u. a. und Fraktion (AfD)**

**Stärkung der Notfallvorsorge in Gesundheitseinrichtungen (Drs. 19/2650)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist der Abgeordnete Matthias Vogler für die AfD-Fraktion. Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Matthias Vogler (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen, liebe Besucher auf der Besuchertribüne! Die Lage in unseren Krankenhäusern ist ernst. In Zeiten vielfältiger Bedrohungen – sei es durch Naturkatastrophen, Pandemien oder terroristische Angriffe – müssen wir sicherstellen, dass unsere Gesundheitsinfrastruktur auf solche Großschadenslagen vorbereitet ist.

Doch genau das sehen wir momentan in Bayern gefährdet. Mit unserem Antrag "Stärkung der Notfallvorsorge in Gesundheitseinrichtungen" möchten wir sicherstellen, dass Bayern in Krisensituationen weiterhin eine verlässliche Gesundheitsversorgung bieten kann.

Zunächst einmal ist es wichtig zu betonen, dass die Gesetzgebungskompetenz für die Gefahrenabwehr und das Gesundheitswesen laut Grundgesetz bei den Bundesländern, also bei uns, liegt. Das bedeutet, dass wir als Freistaat Bayern die Pflicht haben, eigenverantwortlich für die Sicherheit unserer Krankenhäuser zu sorgen und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Dabei geht es nicht nur um den normalen Krankenhausbetrieb, sondern vor allem um die Vorsorge für Krisenfälle.

Hinzu kommt eine weitere Entwicklung, die unsere bayerische Krankenhauslandschaft schwer belastet: die aktuelle Krankenhausreform von unserem Cannabis-Minister Lau-

terbach. Diese wird drastische Einschnitte in Bayern zur Folge haben. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft warnt bereits vor der Verschärfung der Insolvenzwellen. Wir sprechen hier von Schließungen von Abteilungen, dem Verlust ganzer Standorte und einer drastischen Einschränkung von Leistungen.

In einer Situation, in der unsere Krankenhäuser schon im Normalbetrieb kämpfen, stellt sich doch die Frage: Wie sollen wir auf einen Notfall vorbereitet sein, wenn unsere Versorgungskapazitäten immer weiter eingeschränkt werden? Vor allem unsere bayerischen Krankenhäuser im ländlichen Raum, welche die Versorgungssicherheit und die Lebensqualität unserer Bürger täglich sicherstellen, geraten immer mehr in Bedrängnis. Sie werden jedoch gerade in Krisenzeiten elementar wichtig sein, um die Versorgungssicherheit weiterhin zu gewährleisten. Sei es eine Naturkatastrophe, eine Pandemie oder ein Verteidigungsfall, welcher aufgrund der Kriegsgeilheit aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien immer wahrscheinlicher zu sein scheint – wir brauchen resiliente Strukturen, die diesen Herausforderungen standhalten.

(Beifall bei der AfD)

Auch angesichts der Zunahme von Cyberangriffen und anderen Bedrohungen ist unerlässlich, dass Krankenhäuser umfassende Notfallpläne entwickeln, um ihre technische Infrastruktur, aber auch die Sicherheit der Patienten und des Personals sicherzustellen. Allein 2023 wurden bundesweit bereits 21 meldepflichtige Cyberangriffe auf Krankenhäuser verzeichnet. Diese Angriffe bedrohen nicht nur die IT-Infrastruktur, sondern sie können auch die gesamte Funktionsfähigkeit eines Krankenhauses gefährden. In Bayern gab es bereits Fälle, in denen ganze Kliniken lahmgelegt wurden.

Diese Entwicklung zeigt deutlich: Wir müssen handeln und dürfen nicht warten, bis der nächste Angriff kommt oder uns unvorbereitet trifft. Die bayerische Krankenhauslandschaft steht vor enormen Herausforderungen. Die aktuellen Entwicklungen – sei es die Krankenhausreform, seien es Insolvenzen oder Bedrohungen durch Cyberangriffe – zeigen uns, dass es wirkungsvolle Notfallpläne bedarf. Es ist unsere Pflicht, die Not-

fallpläne in Bayern zu stärken und sicherzustellen, dass die Gesundheitseinrichtungen auf alle Eventualitäten vorbereitet sind.

Wir als AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag haben dies erkannt und werden uns dafür einsetzen, dass Bayern auch in Krisenzeiten ein starkes und vor allen Dingen verlässliches Gesundheitswesen hat.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank. – Bevor wir zum nächsten Redner kommen, gebe ich bekannt, dass für Tagesordnungspunkt 13, Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, "Mehr Bock auf Demokratie – Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken!", von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Nächster Redner ist nun für die CSU-Fraktion der Kollege Thorsten Freudenberger. – Sie haben das Wort, bitte schön.

**Thorsten Freudenberger (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade vor dem Hintergrund aktueller Berichte über die durchaus akuten Bedrohungen unserer kritischen Infrastruktur – dazu zählen selbstverständlich insbesondere die Einrichtungen des Gesundheitswesens – ist die Notfallvorsorge in Gesundheitseinrichtungen zweifelsohne ein sehr wichtiges und ernst zu nehmendes Thema. Gut, dass wir uns aber nicht erst heute darum sorgen und uns um die so wichtigen Fragen kümmern, sondern die Bedrohungslage schon immer in Bayern wie auch im Bund sehr ernst genommen haben.

Im Antrag geht es im Kern um einen Bericht der Staatsregierung über Notfallpläne in Krankenhäusern. Die im Antrag formulierten Themen wurden in der Vergangenheit bereits zweifach besprochen, so im Rahmen einer Schriftlichen Anfrage der AfD im April 2021 und in einer Anfrage zum Plenum der SPD vom Oktober 2022. Wir sehen, wir behandeln die Themen zum wiederholten Male. In der Sitzung des Ausschusses

für Gesundheit, Pflege und Prävention am 9. Juli dieses Jahres, in der dieser Antrag behandelt und abgelehnt wurde, wurde seitens des Gesundheitsministeriums ebenfalls grundlegend zum Thema informiert.

Zusammenfassend können wir feststellen: Vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen für die Sicherheit unserer kritischen Infrastruktur ist es gut, dass wir in Bayern auch in diesem Bereich seit vielen Jahren auf Sicherheit setzen und diese auch gewährleisten können. Das Bayerische Katastrophenschutzgesetz sieht in Artikel 8 vor und verpflichtet die Krankenhausträger, externe wie interne Notfälle vorzuplanen, indem Gefahrenabwehrpläne erstellt werden.

In einem Innenministeriellen Schreiben von 1997 gibt es konkrete Hinweise zur Ausgestaltung. 2006 wurden diese Hinweise um die Erfordernisse der Pandemie erweitert. Weitere Maßnahmen: "Handbuch Krankenhausalarm- und -einsatzplanung" des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, veröffentlicht im Jahr 2020. Aktuell, seit Juni 2024 gibt es neue "Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung". Des Weiteren der "Operationsplan Deutschland", der das enge Zusammenwirken der Bundeswehr mit den Einheiten des Zivilschutzes und der Blaulichtorganisationen neu fasst.

Diese umfassenden, ganz konkreten Maßnahmen, die bei uns auch von den Krankenhausträgern umgesetzt worden sind, machen deutlich, dass ein gesonderter Bericht nicht notwendig ist. Das Thema wird sehr ernst genommen und bereits umfassend in den Fokus genommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Antrag wird auf einen Artikel des "Deutschen Ärzteblatts" verwiesen. Ich habe ihn durchgelesen, und zwar mit Interesse. In diesem Artikel äußert sich der stellvertretende Kommandeur des Kommandobereichs Territoriales Führungskommando der Bundeswehr, Herr Generalmajor Andreas Henne. Nach seinen Einschätzungen herrsche kein Zweifel mehr daran, dass Deutschland bereits Ziel hybrider Kriegsführung seitens

Russlands sei, in Form von Desinformationskampagnen über Cyberangriffe und Sabotage bis hin zu Spionage. Weiterhin äußert Generalmajor Henne wörtlich: "Das sind keine Szenarien der Zukunft, sondern diese Dinge geschehen ständig und täglich, und zwar heute."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade vor diesem Hintergrund ist es wichtig, Bedrohungen unserer kritischen Infrastruktur, insbesondere auch im Gesundheitswesen, entschlossen, aufmerksam und wehrhaft entgegenzutreten.

Lassen Sie mich dazu auch sagen: Dies erreicht man sicherlich nicht mit Wahlbeobachtertätigkeiten in Russland, um dort angeblich demokratische Wahlen zu konstatieren.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Das erreicht man nicht mit der schwer erträglichen Relativierung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, und das erreicht man sicherlich auch nicht, indem man sich an Russland und Putin regelmäßig anbiedert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir erreichen es vielmehr, indem wir zum Schutz unserer kritischen Infrastruktur immer wieder beitragen, indem wir wachsam sind, die entsprechenden Einheiten gut ausstatten und auch wehrhaft auftreten. Am Ende erreichen wir es mit fleißigen und aufmerksamen Menschen. Mein Dank gilt all den Menschen, die täglich für unsere Sicherheit sorgen bei der Bundeswehr, der Polizei, im Rettungs- und Krankenhauswesen, bei unseren Blaulichtorganisationen. Wir stehen an Ihrer Seite. Wir stärken und unterstützen Sie rechtlich, finanziell und auch moralisch. Danke für diesen täglichen Einsatz zu unser aller Sicherheit und auch zur Sicherheit unserer kritischen Infrastruktur.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Es liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Abgeordneten Andreas Jurca, AfD-Fraktion, das Wort.

**Andreas Jurca (AfD):** Werter Kollege, Ihre Spitze bezüglich Russland und der Wahlbeobachtung ging auch ganz klar gegen mich persönlich. Hierzu möchte ich einen etwas älteren Artikel aus dem Jahr 2021 vorlesen und dazu Ihre Meinung hören: "USA spähnten Angela Merkels Handy mit Hilfe von Dänemark aus. Der amerikanische Geheimdienst NSA hat mit Hilfe von Dänemark offenbar viele europäische Spitzenpolitiker belauscht, darunter auch gezielt Angela Merkel [...]." – Bla, bla, bla, Frank-Walter Steinmeier usw. Wie sehen Sie das?

**Thorsten Freudenberger (CSU):** Ich kann Ihnen dazu nur Folgendes sagen, Herr Kollege: Ich kann das, was Sie gesagt haben, jetzt weder ablehnen, noch kann ich dem zustimmen. Ich kann es ja nicht überprüfen, was Sie behauptet haben. Das ist alles in Ordnung.

(Zuruf von der AfD: "Spiegel"!)

– Ist alles in Ordnung. Die Bundesrepublik Deutschland und auch wir als Freistaat Bayern sind gut beraten, uns gegenüber allen Bedrohungen und Angriffen, egal von wem sie kommen mögen, zu wappnen und in Sicherheit zu üben.

Zu Ihrem persönlichen Verhalten habe ich deshalb Stellung genommen, weil in den letzten Tagen in verschiedenen Berichten noch einmal deutlich wurde, dass wohl die Hauptbedrohungslage durchaus doch auch von Russland ausgeht. Daher fährt man nicht dorthin, macht keine Wahlbeobachtung, konstatiert nicht, dass es demokratisch ist, sondern setzt sich für einen wehrhaften Staat ein. Das wäre wichtig, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollege Andreas Hanna-Krahl. Bitte, Sie haben das Wort.

**Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE):** Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ehrlicherweise sagen: Liebe AfD-Fraktion, können Sie es nicht verstehen, oder wollen Sie es nicht verstehen? – Genau dieser Antrag war am 8. Juli dieses Jahres im Gesundheitsausschuss. Es war ein Berichtsantrag. Noch in derselben Ausschusssitzung hat das Gesundheitsministerium einen Bericht dazu abgegeben. Es gab mehrere Stellungnahmen aus dem Gesundheitsministerium dazu, zu den Notfallplänen in den Krankenhäusern, beginnend im April 2021. Es gab Anfragen der SPD-Fraktion zu dem Thema im Oktober 2022, und wir haben dieses Thema im Rahmen der genannten Ausschusssitzung zur Genüge diskutiert.

Was ist festzuhalten? – Festzuhalten ist, dass es Notfallpläne in bayerischen Kliniken gibt, und nicht nur in den Kliniken, sondern auch weit darüber hinaus; denn – liebe AfD-Fraktion, auch das ist festzuhalten – kritische Infrastruktur ist nicht nur ein Krankenhaus, sondern weit mehr. Das sind die Rettungsdienste, der Katastrophenschutz, der Zivilschutz – all das muss mitberücksichtigt werden. Das ignorieren Sie hier einfach zur Gänze.

Langer Rede – so lang ist sie gar nicht gewesen – noch kürzerer Sinn: In Ihrem Antrag ist kein Sinn. Das hat hier nichts verloren. Wenn Sie sich bei dem Thema weiter im Kreis drehen wollen, tun Sie das, lassen Sie aber uns damit in Ruhe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Thomas Zöllner.

**Thomas Zöllner (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher! Die Überschrift dieses Antrags

lautet "Stärkung der Notfallvorsorge in Gesundheitseinrichtungen". Der Antragstitel ist meines Erachtens missverständlich; es geht nicht – wie ich zuerst gedacht habe – um die Notversorgung von Patienten in Gesundheitseinrichtungen, sondern um die Notversorgung von Gesundheitseinrichtungen selbst und um Notfallpläne für die Bewältigung von besonderen Ereignissen, die die Aufrechterhaltung der Versorgungsangebote von Krankenhäusern beeinträchtigen können.

Die Vorredner haben es schon gesagt: Ein Erkenntnisgewinn ist durch diesen Antrag nicht zu erwarten. Das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention hat bereits mehrfach zur Frage von Notfallplänen in Krankenhäusern umfassend Stellung genommen; wir haben hier im Landtag und auch im Juli im zuständigen Ausschuss schon davon gehört.

Der nunmehr in den Vordergrund gestellte terroristische Anschlag, der zum Ausfall des gesamten Pflegepersonals führen könnte, unterscheidet sich im strukturellen Vorgehen der Krankenhäuser von den in früheren Stellungnahmen aufgezeigten Grundsätzen nicht. Alle Universitätsklinika sowie alle im Krankenhausplan des Freistaats Bayern aufgenommenen Krankenhäuser haben Alarm- und Einsatzpläne aufzustellen und fortzuschreiben, die zur Bewältigung eines Massenanfalls von Verletzten auch geeignet sind. Die Pläne sind mit den Katastrophenschutzbehörden und den Trägern benachbarter Krankenhäuser sowie auch den Integrierten Leitstellen abzustimmen.

Krankenhäuser sind bereits verpflichtet, für Schadensereignisse innerhalb der Krankenhäuser Notfallpläne aufzustellen. Sowohl bei internen als auch bei externen Gefahrenlagen ist im Krankenhaus eine eindeutige Führungsstruktur aufzubauen. Andere Stellen wie Polizei und Feuerwehr sowie weitere Rahmenbedingungen werden bei Notfallplänen berücksichtigt. Krankenhäuser verfügen über Notstromaggregate, die im Falle eines Stromausfalls den weiteren Betrieb der versorgungsrelevanten Bereiche des Krankenhauses und damit die Versorgung der Patientinnen und Patienten gewährleisten. Im Übrigen sind die Investitionskosten für Notstromsysteme nach dem

Krankenhausfinanzierungsgesetz und dem Bayerischen Krankenhausgesetz förderfähig.

Verehrte Mitglieder der AfD, spätestens nachdem uns von Ihrem Freund Putin das Gas abgedreht wurde, war in jeder öffentlichen Einrichtung die Rede von Blackout oder Brownout.

(Zurufe von der AfD)

Wie komme ich von "brown" und "out" wieder auf den AfD-Antrag zurück? – Wir alle haben in unseren Kommunen Notstromaggregate gekauft, sei es für Wassereinrichtungen, Feuerwehrhäuser oder Turnhallen, die im Notfall eben für Notfallunterkünfte genutzt werden können. Genauso haben auch unsere Krankenhäuser dort nachgebessert, wo es vielleicht noch nötig war. Wenn man – wie eben schon gehört – in den letzten Tagen die Nachrichten verfolgt hat, dann mache ich mir große Sorgen, wenn es um gezielte Angriffe Russlands auf unsere Infrastruktur geht. Deshalb hier die Bitte an die AfD-Russlandwahlbeobachtungsreisegruppe: Vielleicht können Sie nochmals in den Kreml reisen und dort ein gutes Wort für uns einlegen. – Wir FREIEN WÄHLER lehnen den Showantrag der AfD ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Andreas Jurca von der AfD-Fraktion das Wort.

**Andreas Jurca (AfD):** Werter Herr Kollege, ich muss für Sie vielleicht noch einmal eine Sache klarstellen bzw. Sie darüber informieren, dass uns das Gas nicht abgedreht wurde, sondern es einen Anschlag auf die Kooperationsinfrastruktur Nord Stream gegeben hat. Dieser Anschlag wurde vermutlich in Kooperation mit den USA oder mit der Ukraine verübt; das ist eine Tatsache. Ich will die Sachen wirklich ein bisschen zurechtrücken.

Warum waren wir auf einer Wahlbeobachtung? – Nicht deshalb, weil Putin uns dazu braucht, sich zu legitimieren; das ist ja lächerlich. Im Übrigen hat sich auch Herr Söder mit ihm ablichten lassen. War Putin damals Demokrat und jetzt nicht mehr? Wie ist die Sachlage? Das verstehe ich nicht. Sind die Wahlen auf einmal anders gewesen? Ich bitte Sie, uns auch zuzugestehen, dass wir wirklich in bester Absicht hingegangen sind, um ein Friedenssignal zu senden, weil dieser Krieg uns allen nichts bringt. Wir wollen nicht, dass weiterhin unschuldige Menschen sterben. Das ist unser primäres Interesse und nicht, Putin-Lakaien zu spielen, wie Sie uns immer unterstellen. Das ist eine Unverschämtheit. Das stimmt nicht.

(Beifall bei der AfD)

**Thomas Zöllner (FREIE WÄHLER):** Zum ersten Punkt: Schon vor dem Anschlag auf die Pipeline wurde das Gas abgedreht.

(Zuruf von der AfD: Von uns!)

Die Menge, die wir bekommen haben, wurde abgesenkt.

(Zurufe von der AfD)

Noch etwas zu der AfD-Reisegruppe: Von mir aus können Sie alle nach Russland fahren und auch dort bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Anna Rasehorn für die SPD-Fraktion.

**Anna Rasehorn (SPD):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen! Notfallvorsorge ist ohne Frage ein wichtiges Thema, und der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge muss natürlich geschützt werden. Deshalb gibt es gesetzliche Verpflichtungen für Krankenhäuser, Notfallpläne für verschiedene Notfallsituationen zu erstellen und auf Bedrohungen vorbereitet zu sein. Meine Vorred-

ner:innen sind darauf schon treffend eingegangen; von allen demokratischen Fraktionen wurden dazu auch tatsächlich schon Anträge und Anfragen gestellt.

Die Krankenhäuser sind – wie gesagt – gesetzlich verpflichtet, Notfallpläne für verschiedene Katastrophensituationen zu erstellen, so zum Beispiel für die Versorgung von vielen Verletzten oder für den Umgang mit Bränden oder Stromausfällen. Diese Pläne werden nicht nur im Krankenhaus, sondern tatsächlich auch eng mit Katastrophenschutzbehörden, Feuerwehr, Polizei sowie anderen Krankenhäusern abgestimmt.

Die gute Vernetzung zwischen unseren Krankenhäusern und den Katastrophenschutzbehörden macht einen kompletten Ausfall der medizinischen Versorgung praktisch unmöglich, weil sie alle einen vortrefflichen Dienst leisten. – Liebe AfD-Fraktion, wobei wir das "liebe" lieber wieder streichen, an den Übungen für solche Katastrophen können Parlamentarier:innen und Stadträt:innen tatsächlich teilnehmen. Ich kann nur empfehlen, vielleicht an diesen Übungen teilzunehmen und dadurch zu sehen, dass die Übungen gut funktionieren und unsere Blaulichtfamilie eine tolle Arbeit leistet, anstatt den Krankenhäusern schlechte Arbeit zu unterstellen.

Nach den besonderen Kriterien der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Krankenhaus-Einsatzplanung kann man sogar Zertifikate für besonders gute Pläne erlangen. Das Universitätsklinikum Würzburg hat zum Beispiel ein solches Zertifikat. Unsere bayerischen Kliniken sind also sehr gut aufgestellt, und wir können stolz darauf sein, dass sie da so gut aufgestellt sind. – Vielen lieben Dank!

Die AfD malt also einmal wieder den Teufel an die Wand und möchte, dass möglichst viele Panik kriegen. Dabei handelt es sich lediglich um ein Thema, das selbstverständlich bereits angegangen und umgesetzt worden ist. Was ist eigentlich das Ziel des AfD-Antrags? – Das Ziel ist wie immer, Zweifel an den Behörden und unseren staatlichen Strukturen zu säen, indem behauptet wird, es werde nicht genug getan. Dem kann aber entgegengehalten werden, dass eben schon alles getan worden ist und der Vorwurf an den Haaren herbeigezogen ist. Die einzige katastrophale Notfallsituation,

die eintreten könnte, wäre tatsächlich, wenn die AfD ihre Deportationspläne zur Wirklichkeit machen würde,

(Christoph Maier (AfD): Lüge!)

weil dann die guten Kräfte, die unsere Blaulichtfamilie und unsere Krankenhäuser am Leben erhalten, nicht mehr da wären. Dann wäre unser Gesundheitssystem tatsächlich am Notfalllimit. – Vielen lieben Dank für eure Aufmerksamkeit. Wir lehnen den Antrag natürlich ab.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dafür erteile ich dem Abgeordneten Matthias Vogler von der AfD-Fraktion das Wort.

**Matthias Vogler (AfD):** Vielen Dank für das Wort, Herr Vizepräsident. – Frau Kollegin Rasehorn von der SPD, ich möchte etwas klarstellen: Wenn Sie meine Vita gesehen haben, dann wissen Sie, dass ich Rettungsassistent bin und 15 Jahre lang im Rettungsdienst tätig war.

**Anna Rasehorn (SPD):** Dann waren Sie bestimmt bei den Übungen mit dabei.

**Matthias Vogler (AfD):** – Jetzt bin ich dran; Sie können danach gerne reden. – Ich möchte erst einmal klarstellen, dass die Rettungsdienstorganisationen – egal, ob Katastrophenschutz, Feuerwehr oder Rettungsdienst – hier in keiner Weise von irgendeinem meiner Parteikollegen oder mir diskreditiert oder in Verruf gebracht worden sind. Es ging explizit um Notfallpläne für die Krankenhäuser. Dass Sie aber von A über B nach C alles vermischen, ist vollkommen klar. Ich möchte das aber noch einmal von mir weisen und den Kollegen ein großes Lob aussprechen, die das ehrenamtlich – viele tun das ehrenamtlich – leisten und geleistet haben. Ohne sie würden wir alle nämlich ganz schlecht dastehen. Deswegen möchte ich das von mir weisen.

Mein Kollege hat gesagt, dass wir letztes Jahr zu Dingen wie Notstromaggregaten usw. Fragen gestellt haben, die nicht beantwortet wurden. Da stellt sich dann auch die Frage, warum man das nicht beantworten will. Wie sehen Sie das Ganze? –

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Sie haben eine Minute für Ihre Zwischenbemerkung. Frau Kollegin Rasehorn, bitte.

**Anna Rasehorn (SPD):** Ich sage noch einmal: Sie sind in Ihrem Antrag darauf eingegangen, ob wir Notfallpläne für verschiedene Katastrophensituationen haben. Da sind die Blaulichtfamilien und auch die Ehrenamtlichen mit eingebunden. Ihr Antrag impliziert schon, dass da schlechte Arbeit geleistet wird. Sonst hätten Sie die Anfrage nicht gestellt. Sie wollen da Panik machen. Das stellt unsere Blaulichtfamilien schon in Diskredit. Da steht es unseren demokratischen Fraktionen durchaus zu, unsere Blaulichtfamilien gegen Ihre Diskreditierungen zu verteidigen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch des Abgeordneten Harald Meußgeier (AfD))

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN und die SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag hiermit abgelehnt.